

Wir alle sagen **NEIN**.

Damit kommende Generationen auch eine sichere AHV haben.



Kathrin Bertschy
Nationalrätin glp, BE



Pirmin Bischof
Ständerat CVP, SO



Toni Brunner
Nationalrat SVP, SG



Ignazio Cassis
Nationalrat FDP, TI



Thomas de Courten
Nationalrat SVP, BL



Maja Ingold
Nationalrätin EVP, ZH



Werner Luginbühl
Ständerat BDP, BE



Regine Sauter
Nationalrätin FDP, ZH

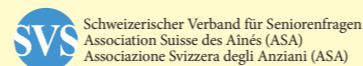
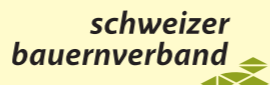


Barbara Schmid-Federer
Nationalrätin CVP, ZH

Breite Allianz für ein NEIN

Eine breite Allianz setzt sich für ein NEIN am 25. September ein. Weil wir unsere Altersvorsorge langfristig auf ein solides Fundament stellen müssen, anstatt mit der Giesskanne Rentengelder zu verschleudern.

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative klar ab. Der Nationalrat hat sie mit 139 zu 53 Stimmen verworfen, der Ständerat mit 33 zu 9 Stimmen.



Die AHV braucht Ihre Unterstützung! Setzen Sie ein Zeichen auf:
www.ahv-initiative-nein.ch

AHV gefährden statt sichern?

Die AHV-Initiative

- 👎 gefährdet unsere Altersvorsorge
- 👎 kostet Milliarden
- 👎 begünstigt die Falschen

Darum am 25. September an die Urne!

AHV sichern statt gefährden

10 Prozent mehr AHV für alle Rentner, egal, ob sie es brauchen oder nicht – das will die Gewerkschafts-Initiative. Dieser Leistungsausbau ist absurd. Denn die AHV gibt schon heute mehr aus, als sie einnimmt. Grund dafür ist die steigende Lebenserwartung. Sie ist seit der Einführung der AHV 1948 bei Männern um sieben und bei Frauen um acht Jahre gestiegen. Das ist erfreulich, führt aber dazu, dass Renten immer länger ausbezahlt werden. Gleichzeitig ist die Geburtenrate seit Mitte der 60er-Jahre sehr tief. Die Folge: Immer mehr Rentner beziehen eine Rente, während immer weniger Erwerbstätige Beiträge für deren Finanzierung bezahlen.

Zahl der Rentner nimmt rapide zu
Aufgrund der Pensionierung der Baby-boomer-Generation in den nächsten 30 Jahren wird sich die Anzahl Rentner im Vergleich zu heute gar verdoppeln. Die Situation ist ernst. Sollen heutige und künftige Rentner weiterhin eine sichere Rente haben, dürfen wir das AHV-Konto nicht für ungezielte Zusatzleistungen plündern. Was die AHV braucht, ist eine Reform, damit sie auch in Zukunft noch genug Geld hat, um Renten auf dem heutigen Niveau auszusahlen.



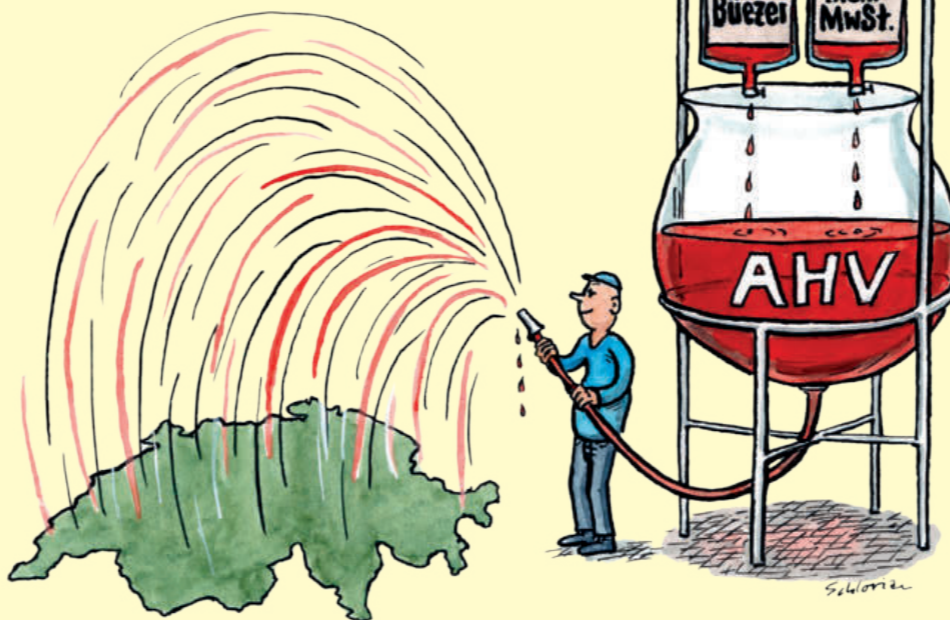
Pauschale Rentenerhöhungen kosten Milliarden

2014 hat die AHV 320 Millionen Franken mehr ausgegeben als eingenommen. 2015 waren es schon 579 Millionen Franken. Handeln wir jetzt nicht, wird die AHV 2030 jährlich 7,5 Milliarden Franken mehr ausgeben als einnehmen. 10 Prozent mehr Rente für alle heisst jährliche Zusatzkosten von nochmals bis zu 5,5 Milliarden Franken. Das liegt schlicht nicht drin.

Erwerbstätige müssen blechen

Bei einer Annahme der Initiative wäre das Loch in der AHV bis 2030 jährlich rund 13 Milliarden Franken tief. Wer soll

das bezahlen? Darauf geben die Initianten keine Antwort. Viele Möglichkeiten gibt es nicht; treffen wird es vor allem die Erwerbstätigen und die Arbeitgeber, die höhere Lohnbeiträge zahlen müssen. Der AHV-Ausbau wird damit auf der Kreditkarte der Jungen belastet. Das ist unfair. Denn heute sind mehr junge Familien und Alleinerziehende von Armut betroffen als Rentner. Ein teures und gefährliches Spiel.



Von der Initiative profitieren die Falschen

Eine Rentenerhöhung nach dem Giesskannenprinzip – das ist weder sinnvoll noch sozial.

Vermögende Rentner erhielten höhere AVH-Renten, obwohl sie das Geld nicht brauchen. Gleichzeitig – und hier hinkt die Initiative gewaltig – hätte die Initiative absurde Folgen für Leute mit tiefen Einkommen.

Wer heute Ergänzungsleistungen erhält, weil er von seiner Rente nicht leben kann, verliert mit der Initiative. Denn steigt die AHV, werden die Ergänzungs-

leistungen gekürzt. Die Rentner hätten zum Schluss nicht mehr im Portemonnaie als zuvor. Personen, die dank der zusätzlichen AHV-Rente nicht mehr auf Ergänzungsleistungen Anspruch hätten, wären finanziell sogar schlechter gestellt. Denn AHV-Renten sind im Gegensatz zu Ergänzungsleistungen steuerpflichtig. Zudem fallen auch Prämienverbilligungen bei der Krankenkasse und andere Vergünstigungen weg, wenn man nicht mehr Anspruch auf Ergänzungsleistungen hat. Die Initiative mag gut gemeint sein, ist aber ein sozialpolitischer Bumerang.

Sogar die Gewerkschaften geben zu, dass durch ihre Initiative EL-Bezüger Schaden nehmen:

«Kurzfristig betrachtet fährt ein ganz kleiner Teil der Bezüger von Ergänzungsleistungen schlechter.»

(Doris Bianchi, Stv. Sekretariatsleiterin Schweizerischer Gewerkschaftsbund, «Berner Zeitung», 28. März 2015)